

Der Stein des Anstoßes.

In den Verhandlungen von Brest-Litowsk, die heute hätten fortgesetzt werden sollen, ist eine Störung eingetreten. Es handelt sich dabei um etwas mehr als um einen bloßen Zwischenfall. Denn aus den Aufklärungen, die Reichskanzler Graf Hertling gestern im Hauptausschuß des deutschen Reichstages gab, geht zweierlei mit voller Deutlichkeit hervor: erstens, daß der russische Vorschlag, die Verhandlungen auf neutralen Boden zu verlegen, nicht ein bloßer Einfall war, sondern älteren Datums ist, und zweitens, daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Verbündeten und der russischen Regierung nicht nur den Verhandlungsort, sondern auch sehr wichtige Punkte des Verhandlungsthemas betreffen. Was zunächst die Ortsfrage anlangt, so wird die bestimmte Weigerung unserer Unterhändler, mit den Russen von Brest nach Stockholm zu gehen, gewiß die Zustimmung der öffentlichen Mehrheitsmeinung in Oesterreich-Ungarn wie in Deutschland finden. Stockholm ist nach der Stimmungsmacherei, die der bekannte Herr Branting dort betreibt, ein durchaus ungeeigneter Ort, über einen Sonderfrieden zwischen uns und Rußland zu verhandeln. Schon aus technischen Gründen ist, wie Graf Hertling überzeugend darlegte, eine Verlegung der Verhandlungen ins neutrale Ausland undurchführbar. Noch viel stärker sind aber die politischen Gründe, die einen solchen Wechsel des Schauplatzes ausschließen. Daß die Entente, die vor-

läufig den allgemeinen Frieden nicht will, das stärkste Interesse hat, einen Sonderfrieden nicht zustande kommen zu lassen ist klar, und ebenso klar ist, daß ein neutraler Verhandlungsort für die störenden Ränke der Ententediplomatie einen viel bequemeren Spielraum böte, als das von solchen Einflüssen wenigstens räumlich abgeschlossene Brest-Litowsk. Wenn ich weiß, daß jemand mir in die Suppe spucken will, werde ich doch nicht so gefällig sein, ihm den Suppentopf noch näher zu rücken. Die Verbündeten konnten also vernünftigerweise nichts anderes tun, als die von den Russen gewünschte Ortsveränderung abzulehnen.

Warum hat aber die russische Regierung diese Veränderung gewünscht? Warum hat sie diesen Wunsch wiederholt angedeutet und zuletzt in bestimmtester Form ausgesprochen? Daß das russische Volk tiefe Friedenssehnsucht empfindet und daß die Bolschewiki als Volksregierung diese Sehnsucht erfüllen wollen, steht außer Zweifel. Was kann sie nun veranlassen, die Friedensverhandlungen von einem sicheren nach einem unsicheren Ort verlegen zu wollen, wo die Einmischung fremder, störender Hände mehr als wahrscheinlich ist? Für dieses auffallend widerspruchsvolle Verhalten gibt es nur eine einzige Erklärung: Es muß im Laufe der Verhandlungen etwas geschehen sein, was die russische Regierung stutzig machte, was ihr unheimlich vorkam, was ihr die Last ihrer Verantwortung zu schwer erscheinen ließ, was bei ihr das Bedürfnis weckte, fremde Anlehnung zu suchen — selbst auf die Gefahr hin, daß dabei Anlehnung und Ablehnung durcheinander spielen könnten. Und da halten wir nun bei der Meinungsverschiedenheit zwischen den Verbündeten und Rußland, die nicht den Verhandlungsort, sondern das Verhandlungsthema betrifft. Die Territorialfragen sind der entscheidende Punkt. Die Bolschewiki sind geneigt, die Fremdvölker in den Grenzgebieten über ihre künftige Staatszugehörigkeit frei bestimmen zu lassen — aber dieses Selbstbestimmungsrecht muß wirklich in voller Freiheit ausgeübt werden. Und in den Vorschlägen der Mittelmächte sieht die Bolschewikiregierung eben keine ausreichende Bürgschaft dieser freien Selbstbestimmung. Die russische Regierung scheut davor zurück, vor dem russischen Volk, vor der Gegenwart und Zukunft, Gebietsverluste zu

verantworten, die nicht wenigstens durch strenge Wahrung des Prinzips: „Freies Selbstbestimmungsrecht der Völker“ eine ideale Rechtfertigung erhalten. Das ist der russische Standpunkt, und diesem hätte wohl durch eine weniger verflausulierte, entgegenkommendere Fassung der Vorschläge der Mittelmächte besser Rechnung getragen werden können. Aber dieser Fehler ist nicht unreparierbar. Noch ist überhaupt nichts veräümt, nichts verloren. Bei dem aufrichtigen Friedenswillen, der auf beiden Seiten besteht, ist zu hoffen, daß die Spannung überwunden werden wird, und daß die Friedensmacher, die auf so gutem Wege waren über den Stein des Anstoßes hinwegkommen und das gemeinsame Ziel nicht verfehlen werden.